

Kein Frieden in Sicht

Jahresrückblick: Heute: Afghanistan. NATO-Staaten brechen Abzugsversprechen und beschließen Truppenverbleib über 2016 hinaus. Von

Knut Mellenthin

Seit 37 Jahren befindet sich Afghanistan ununterbrochen im Bürgerkrieg, der von den USA und ihren Verbündeten angeheizt und immer wieder verlängert wird. Nach der Saur-Revolution im April 1978 setzte sich der Berater des damaligen US-Präsidenten James Carter, Zbigniew Brzezinski, 1979 mit der Empfehlung durch, bewaffnete Aufständische gegen die mit der Sowjetunion verbündete Regierung in Kabul auszurüsten, auszubilden und zu finanzieren. Diese nicht gerade diskret betriebene US-amerikanische Kampagne beschleunigte, genau so wie Brzezinski vorausgesehen hatte, in Moskau die Entscheidung, Truppen nach Afghanistan zu schicken. Die sowjetische Militärintervention begann am 25. Dezember 1979, zunächst nur mit einigen tausend Soldaten und KGB-Angehörigen.

Unter Ronald Reagan, der im Januar 1981 Carters Nachfolge antrat, wurde die Versorgung der »Mudschaheddin« genannten Aufständischen mit modernsten Waffen, insbesondere auch zur Bekämpfung sowjetischer Panzer, Hubschrauber und Flugzeuge, stark ausgeweitet. Allein die USA gaben dafür mehrere Milliarden Dollar aus, wenn auch sehr viel weniger als später während ihrer eigenen Intervention. An der Finanzierung der Mudschaheddin beteiligte sich auch Saudi-Arabien in großem Umfang. Dritter im Bunde war das pakistanische Militärregime, das sein Territorium als Hinterland für die Aufständischen zur Verfügung stellte. Gemeinsam organisierten Washington, Riad und Islamabad den Zuzug von Zehntausenden Freischärlern aus aller Welt.

Weitaus schneller als später die NATO verstand die sowjetische Führung unter Michail Gorbatschow, Parteichef seit 1985, dass der Interventionskrieg nicht zu gewinnen war. Ebenfalls ganz anders als die westliche Allianz setzte Moskau diese Erkenntnis zügig in

Taten um. Am 15. Mai 1988 begann der Abzug der sowjetischen Truppen, am 15. Februar 1989 war er abgeschlossen. In den folgenden Jahren führten die Warlords und Fraktionen der afghanischen Mudschaheddin einen grausamen und verlustreichen Krieg gegeneinander, in dem Pakistan und Saudi-Arabien offen, die USA etwas verdeckter, mal diese und mal jene Seite, oft auch mehrere Seiten gleichzeitig, unterstützten.

Der Aufstieg der um 1990 gegründeten Taliban war in erster Linie der Kriegsmüdigkeit von großen Teilen der afghanischen Bevölkerung zuzuschreiben. Die Regimes in Riad und Islamabad begannen, nicht ohne Einverständnis der USA, auf den neuen Faktor zu setzen. Mit Kandahar eroberten die Taliban 1994 ihre erste Großstadt. Im September 1996 marschierten ihre Kämpfer in die Hauptstadt Kabul ein. Im Nordosten des Landes hielt sich die vom Westen, dem Iran und teilweise wohl auch von Russland unterstützte Nordallianz.

Afghanische Verluste steigen

Die nächste Phase der US-geführten Militärintervention begann nach dem 11. September 2001. Die Herrschaft der Taliban, die sich durch rigide und barbarische Maßnahmen weithin unpopulär gemacht hatten, brach innerhalb weniger Wochen zusammen. Am 13. November 2001 zogen Truppen der Nordallianz in Kabul ein. Nur drei Staaten hatten bis dahin die Taliban-Regierung anerkannt: Pakistan, Saudi-Arabien und die Vereinigten Emirate. Im Dezember desselben Jahres zogen sich die letzten Kampfeinheiten der Taliban über die Grenze nach Pakistan zurück. Ihr militärischer Widerstand schien beendet. Im Auftrag der von der NATO geführten Interventionstruppe »International Security Assistance Force« (ISAF), deren Einsatz in der zweiten Dezemberhälfte 2001 begann, waren zunächst nur Polizeiaufgaben in Kabul und Umgebung genannt.

14 Jahre später hat die ISAF sich zwar in »Resolute Support« umbenannt und schon ein paar Mal Abschied gefeiert, aber ein Ende der Intervention ist immer noch nicht abzusehen. Wie ihre Vorgängerin ist auch die neue Mission, die aber jetzt angeblich keinen Kampfauftrag mehr hat, mit einem Mandat des UN-Sicherheitsrats ausgestattet, das von Russland und China mitgetragen wird. Beide Staaten, die ansonsten mit dem Westen nicht immer einig sind, kamen anscheinend in den gesamten 14 Jahren nicht auf die naheliegende Idee, ihre alljährliche, praktisch automatische Zustimmung zur Verlängerung dieses Mandats von einer Überprüfung des Vorgehens und der Ergebnisse der Interventionstruppen abhängig zu machen.

Im Jahr 2012 hatte die ISAF mit 130.000 bis 140.000 Mann ihre größte Truppenstärke

erreicht. Von da an wurden sie zunächst schrittweise und wenig später in großem Umfang reduziert. Am 18. Juni 2013 war die »Übergabe der Sicherheitsverantwortung« an Afghanistans Streitkräfte und Polizei, die paramilitärischen Charakter hat, offiziell abgeschlossen. Praktisch bedeutete das vor allem, dass ein immer größerer Teil der Bodenkämpfe hauptsächlich von Afghanen geführt wurde und dass deren Verluste stark zunahm. Allein 2014 wurden mehr afghanische Soldaten und Polizisten getötet als ISAF-Angehörige während der gesamten Zeit der Mission.

Truppenabzug nicht in Sicht

Nach eigenen Angaben zählt »Resolute Support« gegenwärtig 12.900 bis 13.100 Mann. Die meisten Medien runden die Zahl beharrlich auf 12.000 ab. Die größten Kontingente stellen die USA mit 6.800, Georgien mit 870, Deutschland mit 850, Italien mit 830, Rumänien mit 650, die Türkei mit 500 und Großbritannien mit 470 Soldaten. Fast nie erwähnt werden die rund 3.000 Angehörigen der Special Forces, die die USA darüber hinaus in Afghanistan stationiert haben. Auch über deren militärische Aktivitäten, die ohnehin geheimgehalten werden, wird kaum gesprochen. Dieser Teil der US-Interventionstruppen untersteht nicht dem Kommando von »Resolute Support«, hat kein Mandat des UN-Sicherheitsrats, ist nicht an die Verträge zwischen Washington und Kabul gebunden, muss sich nicht an die für die übrigen US-Streitkräfte in Afghanistan geltenden Einsatzregeln halten und hat – auch wenn Präsident Barack Obama das beharrlich leugnet – einen definitiven Kampfauftrag. Zu diesem gehören, neben dem unmittelbaren Eingreifen in Kampfsituationen, die die afghanischen Sicherheitskräfte überfordern, auch Aktionen zur Gefangennahme oder Ermordung von Taliban-Kommandeuren. Zentrales Ziel ist, in jenen Gebieten, über die Kabul keine Kontrolle mehr ausüben vermag, das Entstehen einer eigenen Verwaltung der Aufständischen zu verhindern oder entsprechende Ansätze immer wieder zu zerschlagen.

Beim »Abzug« aus Afghanistan vor einem Jahr hatte Obama versprochen, die Gesamtstärke der US-Truppen bis Ende 2015 auf 5.500 Mann zu reduzieren und Ende 2016 nur noch ein paar hundert Soldaten für Routineaufgaben wie den Schutz der US-Botschaft in Kabul zu belassen. Diese Zusage nahm der Präsident jedoch schon im März zurück. Am 15. Oktober legte er nach: Die gegenwärtige Stärke der US-Truppen von 9.800 Mann solle »während des größten Teils von 2016« beibehalten werden. Zum Ende seiner Amtszeit im Januar 2017 will Obama bei einem Stand von 5.500 Mann angekommen sein. So weit die Planung im Moment. Es gibt in den USA jedoch reichlich Militärs, Politiker und Thinktanks, die schon vorher eine Steigerung der US-Truppen auf mindestens 20.000 bis 30.000 Mann durchsetzen wollen. Deutschland und einige andere EU-Staaten haben angekündigt, dass sie ihre jetzige Truppenstärke ebenfalls über Ende

2016 hinaus zumindest beibehalten, wenn nicht sogar aufstocken wollen.

Indessen: Die militärische Entwicklung des zu Ende gehenden Jahres – zunehmende Offensivkraft der Taliban und immer ernstere Probleme der afghanischen Sicherheitskräfte – war voraussehbar. Das legt die logische Schlussfolgerung nahe, dass die Rückzugsversprechen von Anfang an nicht ernst gemeint waren.

<http://www.jungewelt.de/2015/12-17/031.php>